

MG - Rheydt

DIE LINKE.

Ausgabe III / 2009

L 19 - Die Stimmung ist aufgewühlt

250 Menschen beteiligten sich an einer Aktion der Initiative gegen die L 19 vor der Bezirksvertretung in Giesenkirchen. Anlaß war die Sprechstunde des Bezirksvorstehers von Giesenkirchen, Herrn Boss, (CDU).



Herr Boss ist ein Befürworter der L 19. Der Vorsitzende der Initiative, Frederick Skupin, erklärte, so viele Fragen, wie die Menschen an diese unsinnige Straße haben, könne die Politik nicht beantworten. „Die L 19 trennt Giesenkirchen und Schelsen von Mönchengladbach. Sie ist keine Umgehungsstraße!“ Die Initiative wird weitere Aktionen gegen die L 19 planen.

Weitere Information zur Initiative unter: www.nein-119.de

Termin: 07.06.2009 wählen gehen !!!

EWMG, WFMG und MGMG Rekommunalisieren

Nachdem Aufgaben, die in der Stadtverwaltung angesiedelt waren, Stück für Stück in Gesellschaften ausgegliedert und damit auch der Einflussmöglichkeit des Rates entzogen wurden, wollen nun CDU und FDP diese drei Unternehmen EWMG, WFMG und MGMG zu einer Gesellschaft zusammenführen. Ein entsprechender Beschluss wurde im Rat der Stadt gefasst.

Als Begründung weist die CDU darauf hin, alle drei Gesellschaften hätten eine gute Arbeit für die Stadt Mönchengladbach geleistet. Des Weiteren, dass durch die Zusammenlegung der drei Gesellschaften in einem Gebäude Einsparungen zu erzielen seien.

Vermutlich haben CDU und FDP schon ein Grundstück im Auge, das bebaut werden kann. Und schon jetzt können Wetten abgeschlossen werden, wer demnächst von der CDU bei der Vergabe von Aufträgen für dieses neue Gebäude oder die Renovierung als „befangen“ bei Beratungen den Saal verlässt.

Die LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach hat empfohlen, die gute Arbeit zunächst einmal zu überprüfen. Aus Sicht der LiLO sieht das Fazit zumindest bei der EWMG anders aus:

Zu teuer, nicht effektiv und wenig transparent.

- Eine Kosteneinsparung hat es seit der Ausgliederung aus dem Liegenschaftsamt nicht gegeben.
- Die EWMG macht in der Öffentlichkeit mit Versorgungsposten für Politi-

ker, mit Grundstücksgeschäften für Verwandte, mit dilettantischen Fehlern bei Pachtverträgen von sich reden.

- Erfolgreich kann die Arbeit der EWMG in Bezug auf das alte Stadttheater und den Verkauf der Grundstücke am alten Bökelberg nur sehen, wer eine rosarote Brille trägt.
- Für die fehlende Transparenz spricht, dass bis heute die Ratsmitglieder keinen Überblick über die Grundstücke haben, die die EWMG vermarkten bzw. weiter entwickeln soll.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus stimmte die LiLO auch dem Antrag der FWG zu, dass die Verwaltung zuerst einmal den Nachweis der wirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit der Ausgliederung dieser Gesellschaften seit ihrer Gründung darstellen soll. CDU und FDP lehnten diesen Antrag ab.

DIE LINKE. ist für eine Rekommunalisierung im Sinne einer Rückführung der Gesellschaften in den Bereich der Verwaltung. Für uns ist nicht einsichtig, dass MitarbeiterInnen aus dem Liegenschaftsamt nur dann bessere Arbeit leisten können, wenn sie in einer ausgegliederten Gesellschaft arbeiten. Eine Rückführung würde zudem die Entscheidungsbefugnis des Rates erhöhen und für mehr Transparenz sorgen.



SCHUTZSCHIRM FÜR MENSCHEN !



*Von Bernhard Clasen, DIE LINKE.
Mönchengladbach, Sprecher*

Liebe Mönchengladbacherinnen, liebe Mönchengladbacher.

Am 7. Juni 2009 wird das Europaparlament neu gewählt.

Als Mönchengladbacher Kandidat der bundesdeutschen Kandidatenliste der LINKEN für die Europawahl bitte ich Sie herzlich: **Gehen Sie am 7. Juni wählen!**

Helfen Sie mit, gemeinsam mit der LINKEN ein soziales, ökologisches, friedliches und gerechtes Europa zu gestalten!

Noch ist das Europa der „Europäischen Union“ in erster Linie ein Europa der Konzerne, Regierungen, neuer Aufrüstung und Abschottung gegen Flüchtlinge.

Nur die LINKE kämpft für ein soziales Europa mit ökologischen, friedlichen und sozialen Standards.

Nur die LINKE artikuliert sich gegen den Casinokapitalismus, die von den Regierungen der EU geforderte weitere Aufrüstung, und eine weitere Orientierung der Europäischen Union an den Interessen des internationalen Kapitals.

Nur die LINKE setzt sich für einen Schutzschirm für die Menschen ein.

Deswegen erlauben Sie mir noch eine zweite Bitte:

Geben Sie am 7. Juni ihre Stimme der LINKEN.

Ihr Bernhard Clasen

Persönliches:

ich bin 51 Jahre alt, von Beruf Übersetzer und Dolmetscher für Russisch und Journalist.

Ich bin Sprecher der LINKEN Mönchengladbach und stehe auf Platz 30 der Liste der LINKEN Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl.

Seit 1988 wohne ich im Zentrum von Mönchengladbach-City.

**Sozialberatung
und
Bürgersprechstunde**

Ort:

LiLO-Büro

Burgstraße 4

41199 Mönchengladbach

Tel.: 02166 - 9792249

E - Mail: lilo-mg@gmx.de

Öffnungszeiten

Montag - Freitag

10:00 - 12:00 Uhr

und

16:00 - 18:00 Uhr

Wahl zum Europaparlament

Am 7. Juni 2009 finden die Wahlen zum Europaparlament statt.

DIE LINKE. ruft alle, die an einem sozialen, friedlichen, demokratischen und humanen Europa interessiert sind, auf, an der Wahl teilzunehmen, und ihre Stimme der Kraft der Veränderung zu mehr Gerechtigkeit, Sozialismus, Frieden und Humanität zu geben.

Vier Gründe, warum man/frau am 7. Juni 2009 DIE LINKE. wählen soll:

1. DIE LINKE. kämpft für ein soziales Europa

Die Regierungen der EU-Staaten haben die Begeisterung vieler Bürgerinnen und Bürger für Europa auf lange Zeit verspielt. Im Wettlauf um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialausgaben haben sie den nationalen Standortwettbewerb gefördert, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der europäischen Staaten gegeneinander ausgespielt.

Die EU verfügt über einen der größten Binnenmärkte der Erde. Der Anteil der Im- und Exporte am Bruttoinlandsprodukt der EU-27 beträgt nur knapp 10 Prozent. 90 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung finden also in der großen EU-Binnenwirtschaft statt.

Die Orientierung des EU- Vertrages und der europäischen Wirtschaftspolitik auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ ist vor diesem Hintergrund weder ökonomisch stichhaltig noch gesellschaftspolitisch sinnvoll.

Die EU muss deshalb ihre einseitige Fixierung auf Exportsteigerung aufgeben

und eine nachhaltige, sozial-ökologische Gestaltung der europäischen Binnenwirtschaft und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zum Kern ihrer Wirtschafts- und Strukturpolitik machen. So kann sich die EU aus der neoliberalen Globalisierungsfalle herauswinden und dabei gleichzeitig zu einem attraktiven Entwicklungsmodell in der Welt werden.

Die im Jahr 2000 verabschiedete und 2005 „erneuerte“ Lissabon-Strategie soll die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen. Damit wurden ein gnadenloser Kostensenkungswettlauf und Standortwettbewerb sowohl innerhalb der EU als auch in der Weltwirtschaft verschärft.

Dies führte in der EU bis zur Wirtschaftskrise 2008 zu einer Explosion der Unternehmensgewinne und einem drastischen Rückgang der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, einer wachsenden Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen, dem Wachstum von prekärer Beschäftigung und Armut sowie wachsenden Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft.

2010 wird die EU eine abschließende Bilanz ihrer Lissabon-Strategie vorzulegen haben. Das völlige Scheitern dieser Strategie ist schon jetzt offenkundig.

Der Einfluss der EU auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist groß.

Beispiele sind die (nur durch massive Proteste entschärfte) Bolkestein-Richtlinie, die durch eine Liberalisierung der Dienstleistungen zu einem europaweiten Sozialdumping führt.

Auch die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) in den Fällen Viking,

Laval, Rüffert und Luxemburg, die das Streikrecht untergraben haben oder es einzelnen Bundesländern untersagen, Sozialstandards einzuhalten, weil das die Kapitalfreiheit gefährden würde.

Sollte der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, würde die kapitalistische Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung primärrechtlich festgeschrieben („offene Marktwirtschaft mit unverfälschtem Wettbewerb“).

2. DIE LINKE. kämpft für ein demokratisches Europa

Leider hat das Europäische Parlament, das am 7. Juni gewählt wird, viel weniger zu sagen hat, als die Europäische Kommission oder der Europäische Rat, die nur sehr eingeschränkt demokratisch legitimiert sind. Damit geht mit einer Verlagerung auf europäische Ebene gegenwärtig immer ein Stück Entdemokratisierung einher.

Das Europäische Parlament hat kein Initiativrecht, kann also keine Gesetze schreiben. Dies kann nur die Europäische Kommission. Auch der Lissabonvertrag sieht keine Erweiterung der Gesetzgebungsfunktionen vor.

Impressum

V.i.S.d.P:

DIE LINKE. / Helmut Schaper
Mönchengladbach

Postfach 30 10 01
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

DIE LINKE. sagt „Nein“ zum Lissabonvertrag und begrüßt die Ablehnung dieses Vertrages durch die irische Bevölkerung.

DIE LINKE. fordert stattdessen eine demokratische Neugründung der EU mit Volksabstimmungen in allen Ländern.

3. DIE LINKE. ist für ein friedliches Europa

Die EU rüstet militärisch auf.

Im geplanten Lissabon-Vertrag heißt es: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“.

Die Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (im Folgenden „Europäische Verteidigungsagentur“) ermittelt den operativen Bedarf und fördert Maßnahmen zur Bedarfsdeckung.

Sie trägt zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors bei und führt diese Maßnahmen gegebenenfalls durch, beteiligt sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung und unterstützt den Rat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten.“ (Art 42.3)

Der Reformvertrag schreibt eine neoliberale Wirtschaftspolitik und eine Militarisierung für die Europäische Union fest. Im Artikel 27.3 wird die Aufrüstungsverpflichtung für die EU-Mitgliedstaaten festgelegt; im zukünftigen Artikel 27.7 die NATO als Bezugsrahmen für die EU-Militärpolitik ausdrücklich erwähnt.

Aufrüstungsverpflichtung

Die skandalöse Aufrüstungsverpflichtung des EU-Verfassungsvertrags hat ihren Weg in den Reformvertragsentwurf gefunden.

Es ist wohl als einmalig in der Geschichte internationaler Verträge anzusehen, dass ein völkerrechtlicher Vertrag zu verstärkten Rüstungsanstrengungen anhält. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.

4. DIE LINKE. tritt für ein humanes Europa ein

in dem die Menschenrechte nicht nur in schönen Sonntagsreden proklamiert, sondern auch umgesetzt werden.

200 Afrikaner ertranken am 31. März 2009 bei ihrem Versuch, mit einem Schiff in die EU zu gelangen. Wieviele Menschen bei ihrem Versuch, nach Europa einzuwandern, im Mittelmeer ertrunken sind, weiß niemand. Die Schätzungen reichen von einigen tausend bis zu 20 000 oder gar 30 000 Toten.

In den beiden Auffang- und Abschiebelagern der italienischen Insel Lampedusa sind unter menschenunwürdigen Bedingungen derzeit 720 Personen untergebracht. Ab 15. Mai, so der italienische Innenminister Maroni, solle sich alles „verbessern“. Denn dann tritt ein Abkommen mit Libyen in Kraft, das unter anderem italienisch-libysche Patrouillen vor der Küste des nordafrikanischen Landes vorsieht.

An der Festung Europa wird fleißig weiter gebaut.

Nur die LINKE. kämpft gegen diese neue Mauer an den Außengrenzen Europas, Jahr für Jahr sterben tausende Menschen auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung, Armut, Naturkatastrophen und Kriegen an den hoch auferüsteten und streng bewachten Außengrenzen der EU, vor allem im Mittelmeer.

Deshalb fordert DIE LINKE die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX.

Statt kostspieliger Grenzkontroll-, Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr „illegaler“ Migration fordert DIE LINKE. eine humanitäre Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht.

Hartz IV-Tipp.

Mit der Praxis der Behandlung der Heizkosten durch die ARGE und auch der Grundsicherungsstelle der Stadt Mönchengladbach beschäftigt sich ein neuer Flyer der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach.

Der Flyer legt dar, dass Pauschalen als Obergrenze für die Heizkosten nicht geeignet sind, die unterschiedliche Beschaffenheit der Wohnung der Betroffenen zu erfassen.

Werden die Heizkosten als unangemessen abgelehnt, rät die Partei DIE LINKE. Mönchengladbach unbedingt zum Widerspruch gegen den Bescheid. Gegebenenfalls auch zur Klage vor dem Sozialgericht Düsseldorf.

Der Flyer ist auf der Burgstraße 4, 41199 Mönchengladbach (Odenkirchen) erhältlich.

„Er kann auch unter der Nummer 02166-9792243 bestellt werden.“

Konjunkturpaket II

Das Konjunkturprogramm ist in aller Munde und die Verwaltung ist froh, 32,2 Millionen EUR für den defizitären Haushalt der Stadt zu bekommen, um dringend notwendige Investitionen zu tätigen. Auch DIE LINKE. begrüßt die Bereitstellung der Mittel. Wichtig wäre nun eine breit gefächerte schnelle Vergabe der Aufträge an den Mittelstand, um Arbeitsplätze zu sichern.

Angesichts der Summen, die für andere Rettungsschirme bereitgestellt werden, sind das jedoch nur Brotkrümel vom Tisch der anderen. Das Programm ist unterfinanziert.

Mit der Summe für den Rettungsschirm für Banken könnten neben vielen anderen Dingen sämtliche Städte und Gemeinden entschuldete werden. Würde Mönchengladbach aufgrund der Entschuldung die eingesparte Zinslast über 10 Jahre hinweg immer wieder neu in einem Konjunkturpaket anlegen, so hätte Mönchengladbach anstelle von 32,2 Millionen EUR ein jährliches Konjunkturpaket von 40 Millionen EUR. Und das Jahr für Jahr.

Und noch ein anderes Beispiel macht die Unverhältnismäßigkeit deutlich. Die Bundesregierung stellt 13 Milliarden EUR zur Rettung einer bankrotten Bank zur Verfügung, deren Aktien nur noch einen Wert von 3 Milliarden EUR haben. Ohne diese Bank direkt für 3 Milliarden EUR zu übernehmen. Für alle Städte und Gemeinden werden für das Konjunkturpaket II, aus dem unsere Stadt die 32,2 Millionen EUR bekommt, 13,3 Milliarden EUR zur Verfügung gestellt.

Eine Freistellung vom Eigenanteil ist nicht erfolgt. Zwar ist durch das Modell der Abfinanzierung sichergestellt, dass auch finanzschwache Kommunen am Konjunkturprogramm teilnehmen können. Es ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass ab 2012 durch dieses Modell weniger Geld für die Sanierung und Investition an Bildungseinrichtungen und Infrastruktur zur Verfügung stehen.

Auch hier die Unverhältnismäßigkeit: 13 Milliarden EUR für eine marode Bank, von den verschuldeten Kommunen wird jedoch eine Teilrückzahlung erwartet.

Ein Teil der Gelder wird in Mönchengladbach für die Sanierung von Straßen verwandt. Damit die Sanierung genehmigt

Sie möchten mitmachen?

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in DIE LINKE. Ich erkenne die Grundsätze des Programms und das Statut von DIE LINKE an.

Name:

Vorname:

Geburtsdatum:

Straße / Nr.:

Wohnort:

Telefon:

e - Mail:

Ort / Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Vorstand Die Linke - KV M'gladbach
Helmut Schaper
Postfach 30 10 01
D - 41191 Mönchengladbach

wird, läuft das nicht unter Straßensanierung, sondern unter Lärmschutz und wird als nachhaltig bezeichnet. Für diesen Trick wird „Flüsterasphalt“ statt normaler Asphalt eingesetzt.

Die Mogelpackung mit dem Flüsterasphalt hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun. Sie ist eine Zementierung oder besser eine Asphaltierung der Autovorrangpolitik. Diese Gelder stehen nicht mehr für eine Förderung des ÖPNV zur Verfügung.

Ebenfalls zu kritisieren ist, dass durch den Kriterienkatalog des Landes für die Vergabe der Mittel, Maßnahmen, die wir für notwendig halten, wie zum Beispiel eine 6. Gesamtschule oder ein Abenteuerspielplatz in Odenkirchen, nicht möglich sind.

Wann?
05.06.2009
10 - 12 Uhr

Wo?
LiLO - Büro
Burgstraße 4
41199 MG
Odenkirchen

Warum?
Erfahrungen austauschen
Kontakte knüpfen
Tipps weitergeben
Ideen entwickeln
Aktionen planen
Gut frühstücken

Erwerbslosenfrühstück